REZENSIONEN

<https://doi.org/10.1007/s00350-021-5897-8>

Stefan Huster/Thorsten Kingreen (Hrsg.), Handbuch Infektionsschutzrecht. C. H. Beck, München 2021, geb., XXVIII & 426 S., € 149,00.

Dass das besondere Verwaltungsrecht in den letzten Dekaden innerhalb der akademischen Community zunehmend als intellektuell unsexy angesehen wurde, hat dazu geführt, dass manche Rechtsgebiete trotz erheblicher praktischer Bedeutung bislang stark vernachlässigt wurden. So gibt es beispielsweise bislang keine Darstellung des – auch für die Medizin sehr wichtigen – Strahlenschutzrechts. Dem Infektionsschutzrecht ging es bis Frühjahr 2020 ganz ähnlich; die Kommentierungslage war vor der Pandemie veraltet und von mäßiger Qualität. Orientierungsbedarf im Grundsätzlichen ließ sich schon daran ablesen, wie schnell die hervorragende Dissertation von *Anika Klafki* vergriffen war. Nachdem die Corona-Pandemie dazu gezwungen hatte, ad hoc ein Füllhorn an Kommentaren zum IfSG auszuschütten (nicht zuletzt der klug durchkonzipierte Kommentar, den *Andrea Kießling* herausgibt), fehlte immer noch eine systematische Gesamtdarstellung. Diese Lücke füllt nun das hier besprochene Handbuch.

Die beiden Herausgeber *Stefan Huster* und *Thorsten Kingreen* sind im Gesundheitsrecht ganz besonders ausgewiesen. In das breite Autorenteam wurden aber auch Personen einbezogen, die notwendige Perspektiven gut ergänzen (namentlich aus dem Umwelt-, Sozial-, Gefahrenabwehr-, Datenschutz- und Europarecht) und einen unverstellten Blick auf Teilaspekte richten, die bisher nicht unter spezifischen Infektionsschutzgesichtspunkten durchdacht wurden. Gemeinsam ist es dem Team (zumal für ein Handbuch dieses Umfangs in beeindruckender Zeit) gelungen, sehr verschiedene Themenbereiche des Infektionsschutzes sorgfältig zu durchmessen, die zu einem nicht unerheblichen Teil zuvor praktisch überhaupt nicht rechtswissenschaftlich systematisiert waren (z. B. das wichtige Impfschutzrecht, das *Stephan Rixen* anschaulich und materialreich aufarbeitet).

Lediglich stellvertretend sei auf ein paar Aspekte des Buches kurz hingewiesen: Ein verdienstvolles und erfrischend kritisches Grundlagenkapitel von *Thorsten Kingreen* zieht allgemeine Verfassungs- und Strukturfragen vor die Klammer. Auch Positionierungen innerhalb der Gesamtrechtsordnung werden vorgenommen, etwa im Verhältnis zum Katastrophenschutzrecht (Kap. 1, Rdnrn. 88 f.). Extrem verdienstvoll ist eine über 10 Seiten lange tabellarische Aufstellung der fragmentierten Vollzugszuständigkeiten für das IfSG durch die Länder. *Ralf Poscher* stellt die sehr grundsätzliche Frage, ob das Infektionsschutzrecht als Gefahrenabwehrrecht verstanden werden kann. Die klassischen Kategorien der Gefahrenabwehr sind einerseits nicht wirklich passgenau, aber – das wird überzeugend herausgearbeitet – jedenfalls für das Verständnis hilfreich. Insoweit werden filigran Zuständigkeiten, atypische Behördenstrukturen (z. B. der „Wissensverwaltung“ durch das RKI, Kap. 4, Rdnr. 20) und Handlungsermächtigungen herausgearbeitet. *Markus Kaltenborn* und *Laura Kreft* stellen den allgemein wenig bekannten völkerrechtlichen Rahmen des WHO-Rechts vor, *Daniel Thym* und *Jonas Bornemann* analysieren in ihrem Binnenmarktkapitel die Bezüge zum europäischen Wirtschaftsverwaltungsrecht (einschließlich der Rolle der EMA).

Gleichermaßen überraschend wie richtig ist es, auch das Umweltrecht einzubeziehen, das flankierende Aufgaben des Infektionsschutzes erfüllt, die *Wolfgang Köck* vorstellt. So ist namentlich die Trinkwasserverordnung nicht eigentlich wasserrechtlicher Provenienz, sondern materielles Gesundheitsrecht. Luftreinhaltung oder regulierter Antibiotikaeinsatz im Agrarrecht dienen, das wird anschaulich, auch der Seuchenverhinderung. Ein heterogenes, im Duktus zupackendes Kapitel des „Gesundheitsrechts“ (*Stefan Huster*) verbindet verschiedene Fragen der Gesundheitsversorgung in der Pandemie, die z. B. die Arzneimittelversorgung, aber auch den umstrittenen Umgang mit der Triage, auf die sehr ausführlich eingegangen

wird. Das wichtige Datenschutzrecht wird ebenso in einem eigenem Kapitel näher vorgestellt wie die wirtschaftsverwaltungsrechtliche Flankierung des Umgangs mit pathogenen Stoffen und das Entschädigungsrecht, das nicht nur für Verdienstausschlag betroffener Unternehmen relevant ist, sondern spätestens dann zusätzliche Aktualität gewinnt, wenn die bei einer Massenimpfung unvermeidbar auch auftretenden Impfschäden reguliert werden müssen.

Das Handbuch zeigt im durchweg erfreulich breit angelegten Nachweisapparat rückblickend auch einmal mehr, dass die Reaktionsfähigkeit traditioneller juristischer Journale bei plötzlich auftretenden Szenarien zu träge ist. Wesentliche Debatten über die Pandemiebekämpfung fanden in den ersten Monaten ganz überwiegend in Online-Foren wie *VerfBlog*, *JuWiss* und *LTO* statt, die von den – teils selbst an diesen Debatten beteiligten – Autoren des Handbuchs erfreulich intensiv aufgegriffen werden. Dass es immer noch etablierte Fachzeitschriften gibt, die meinen, es sich leisten zu können, auf schlichte Publikationsanfragen erst Wochen später nach der nächsten Redaktionskonferenz verbindlich reagieren zu müssen, rächt sich immer öfter. Wenn es um kurzfristige Veröffentlichungsmöglichkeiten zu brennend aktuellen Themen geht, fragt man gleich Online-Journale. Die akademische Forschungslandschaft sollte damit – wie in diesem Handbuch durchweg der Fall – produktiv umgehen und diese Formate als gleichberechtigte Beiträge zum wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt aufgreifen.

Für die Neuauflage, die das Werk hoffentlich alsbald erfährt, wenn die gegenwärtige Pandemie hinreichend bewältigt ist und die Distanz zum Tagesgeschehen zunimmt, wäre vielleicht ein ergänzendes Kapitel hilfreich. Die kleine Schwester des IfSG ist das Tiergesundheitsgesetz (nur cursorisch in Kap. 1, Rdnr. 72 und Kap. 10, Rdnr. 8 touchiert). Dieses ist nicht nur für die Eindämmung von Tierseuchen einschlägig. Dort geht es auch um Zoonosen, deren Bekämpfung und Erforschung, nicht zuletzt durch das *Friedrich-Loeffler-Institut*, das im Windschatten des medienwirksamen RKI schon jetzt die Corona-Pandemie wissenschaftlich begleitet. Die meisten gravierenden Infektionskrankheiten, die durch Viren in den vergangenen Dekaden ausgelöst wurden (z. B. HIV, Ebola-, Marburg- und Borna-Viren, SARS-CoV) sind zoonotischen Ursprungs. Frühwarnsysteme, Erforschung und Monitoring (namentlich von Mutationen in Tierzuchtanlagen) sind auch für den humanen Infektionsschutz von kardinaler Bedeutung, zumal mit der Invasion des Menschen in immer mehr Naturräume auch die sog. *emerging diseases* zunehmen. Ein weiteres Desiderat ist das originäre Forschungsrecht. Wenn gegenwärtig die Impfung den Ausweg aus dem Lockdown weisen soll, geht es nicht nur um Verteilungsgerechtigkeit, über die hierzulande so gerne gestritten wird, lange bevor es etwas zu verteilen gibt. Es geht vor allem um die Entwicklung von Impfstoffen und die damit zusammenhängenden Herausforderungen, in extrem verkürzter Zeit die Zulassungshürden für einen Impfstoff zu nehmen. Die beeindruckenden Leistungen der Pharmaforschung in Unternehmen fußen wiederum auf solider (aber oft weniger gut finanzierter) Grundlagenforschung der Dekaden zuvor. Das gesamte Recht der medizinischen Forschung würde im Infektionsschutzkontext wie auch allgemein viel größere Aufmerksamkeit (und damit ebenfalls ein eigenes Kapitel in einer Folgeauflage) verdienen.

Insgesamt ist es dem Autorenteam eindrucksvoll gelungen, in sehr knapper Zeit ein wissenschaftliches Handbuch vorzulegen, das viel mehr und etwas grundsätzlich anderes ist als eine Bedienungsanleitung für Corona-Verordnungen. Das Versprechen des Titels, das Infektionsschutzrecht insgesamt darzustellen, das mehr ist als ein juristisches Aufmerksamkeitsstrohfeuer der gegenwärtigen Pandemie, wird uneingeschränkt eingelöst. Hier geht es um eine verfassungssensible Materie des besonderen Verwaltungsrechts, die nicht allein den Praktikern überlassen werden darf, sondern die eine differenzierte, distanzierte und analytisch über das dogmatische Kleinklein hinausweisende Begleitung und Beobachtung verdient. Diesen Erwartungen wird das Werk in jeder Hinsicht gerecht. Es hebt sich als originär wissenschaftliches Projekt dadurch extrem positiv aus dem Gros der vielen Instant-Monografien heraus, die in den letzten Monaten ihren rein anwendungsbezogenen Tunnelblick auf Detailrechtsfragen der Pandemie gerichtet haben, ohne – wie dieses Handbuch – einen wissenschaftlichen Mehrwert über das Tagesgeschehen hinaus erzeugt zu haben. Nach der Pandemie wird vor der nächsten Pandemie sein, sodass zu hoffen ist, dass das engagierte und hochkarätige Autorenteam dieses Handbuchs am Ball bleibt.

Klaus Ferdinand Gärditz

Professor Dr. iur. Klaus Ferdinand Gärditz,
Richter am OVG NRW, im Nebenamt
Stellv. Richter am VerfGH NRW,
Institut für Öffentliches Recht, Universität Bonn,
Adenauerallee 24–42, 53113 Bonn, Deutschland